

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Anzeigen entgegen. - Anzeigen werden in der Anzeiger für das Erzgebirge, Nr. 108, 19. Jahrgang, Freitag, den 9. Mai 1924, abgedruckt.

Anzeigenpreise für Anzeigen sind in der Anzeiger für das Erzgebirge, Nr. 108, 19. Jahrgang, Freitag, den 9. Mai 1924, abgedruckt.

Telegramme: Kapsblatt Auergebirge, Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Stadt und des Amtsgerichts Auer. Druckverleger: Auer Leipzig Nr. 108

Nr. 108

Freitag, den 9. Mai 1924

19. Jahrgang

### Der neue Bergarbeiterstreik.

Von unserem Heftlichen Mitarbeiter.

Während noch der Kampf um die Regierungsabstimmung und damit um die künftige innen- und außenpolitische Gestaltung Deutschlands unentschieden hin- und herwog ist im Westen ein schweres Gewitter heraufgezogen, das größten Schaden anzurichten droht, wenn die Wolken sich nicht im letzten Augenblick wieder zerteilen. Der Zustand der Bergarbeiter im Ruhrgebiet hat einen Umfang angenommen, und der Kampf wird mit einer Heftigkeit geführt, daß die schwersten Befürchtungen durchaus am Platze sind. Fast die gesamten Kohlenzechen des Ruhrgebiets sind stillgelegt, und schon treffen Meldungen über die Nahrungslage dieses verhängnisvollen Ereignisses auf das übrige Wirtschaftsleben und auf die politischen Verhältnisse ein. In verschiedenen Orten ist die Gasversorgung unterbrochen und man weiß ja, daß dadurch nicht allein der Bevölkerung die Nachtbeleuchtung und das Kochgas entzogen ist, sondern daß auch viele gewerbliche Betriebe und die Krankenhäuser in Mitteldeutschland gelähmt sind. Auch verschiedene Industriebetriebe haben bereits stillgelegt werden müssen. Im unbesetzten Deutschland scheint ja glücklicherweise die Kohlenversorgung noch nicht gefährdet zu sein. Die Eisenbahnen, sowie die Gas- und Elektrizitätswerke sind auf Wochen hinaus mit Kohlenvorräten versorgt, und auch bei der Industrie besteht vorläufig kein Mangel an Brennstoffen. Umso schwerer sind die Verluste für den Bergbau, die täglich acht bis neun Millionen Mark betragen sollen. Diese Belastung ist für die Zechen des Ruhrgebiets besonders schwer zu tragen, weil ihre Kraft bereits durch die Ricum-Verträge bis aufs äußerste angepannt ist.

Größer noch als die wirtschaftlichen Gefahren, die dieser gigantische Arbeitskampf mit sich bringt sind aber die politischen. Durch die Stilllegung der Zechen werden nicht nur deutsche Interessen stark berührt, sondern es werden auch die alliierten in Mitteldeutschland gezogen. Die Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien geraten ins Stocken und die von der Ricum betriebenen Kokerereien müssen stillgelegt werden, da sie keine Rohstoffe mehr erhalten. Infolgedessen sehen wir, daß General Degoutte sich bereits nach Brüssel begeben hat, um mit der belgischen Regierung über die Maßnahmen zu beraten, die zur Wahrung der Interessen der Alliierten für erforderlich gehalten werden. Schon wird von französischer Seite angekündigt, daß man zu neuen Zwangsmaßnahmen, Beschlagnahmungen u. dergl. greifen werde. Es drohen also neue Eingriffe in die deutsche Wirtschaft und in das deutsche Privateigentum und neue Beeinträchtigungen der deutschen Handelsrechte.

Selbstverständlich sind auch die Sympathien des Schlachtfeldes in dem deutsch-französischen Kampfe, die Separatisten, wieder zur Stelle. Herr Matthes führt im Bunde mit den Syndikalisten das Feuer, an dem er sein Süßchen zu kochen hofft. Diese unauferbaren Elemente sind durch die schwere Niederlage, die ihnen die deutsche Bevölkerung an Rhein und Ruhr durch ihre bewundernswürdige Standhaftigkeit bereitet hat, noch nicht völlig entmutigt. Sie wintern Morgenluft und werfen wieder die Idee eines Ruhrindustriestaates in die erregte Bevölkerung.

Schwere nationale Gefahren sind es also, die hier heraufziehen, und es ist die Pflicht nicht nur der Regierung, sondern aller verantwortungsbewußten Elemente des Volkes, den Brand zu löschen, ehe er nicht wieder gutzumachende Verseuerungen angerichtet hat. Es kann sich jetzt nicht darum handeln, die Frage reiflos zu klären, wer die Schuld an diesem katastrophalen Ereignis trägt. Zweifellos ist auf beiden Seiten gesündigt worden. Die Arbeitgeber waren nicht gut beraten, als sie nach Beendigung des Ruhrkampfes der Arbeiterschaft, die doch in jener schweren Zeit im allgemeinen ihre nationale Pflicht als Deutsche treu erfüllt hat, den Damm aufs Auge drückte. Gewiß bedeuten die Ricum-Verträge eine ungeheure Belastung für die bergbaulichen Unternehmungen und sie sind nur zu tragen, wenn die Arbeiterschaft ihrerseits durch verlängerte Arbeit einen Teil der Last auf ihre Schultern nimmt. Es war aber ein schwerer Fehler, daß die Arbeitgeber in jener künftigen Zeit, als das Geld dem Arbeiter von einem Tag zum anderen zwischen den Fingern gerrann und er infolgedessen vollkommen wehrlos war, den Herrenstandpunkt in der räudigsten Weise hervorkehrten und unbestimmt um gesetzliche Bestimmungen und Tarifverträge einseitig die Verlängerung der Arbeitszeit diktierten. Die Quittung darüber ist das ungeheure Anwachsen der kommunistischen Stimmenzahl bei den Reichstagswahlen und der jetzige Zustand. Aber auch auf Seiten der Arbeiterschaft sollte man einsehen, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit bei der schwierigen

Dadurch, daß der Inflationsfehler von unserer Wirtschaft fortgerissen worden ist, ist uns doch erst die fürchterliche Armut Deutschlands enthüllt worden. Nur durch erhöhte Arbeitsleistung kann Deutschland wieder zu einem gewissen Wohlstand gelangen, ohne den auch die berechtigten sozialen und kulturellen Ansprüche der Arbeiterschaft nicht befriedigt werden können. Wo nichts ist, da hat nicht nur der Kaiser, sondern auch der Arbeiter sein Recht verloren. Die Arbeiterschaft hat sich zweifellos dadurch, daß sie den Schiedsspruch über die Arbeitszeit nicht anerkannt hat, ins Unrecht gesetzt. Sie hat sich aber darüber hinaus selbst geschädigt, denn sie hat den Arbeitgebern einen guten Grund für ihre Forderung verschafft, daß mit dem System der Zwangsschiedsprüche überhaupt gebrochen wird. Nicht mit Unrecht weisen die Arbeitgeber darauf hin, daß die Zwangsschiedsprüche nur gegen die Arbeitgeber wirksam sind, da sie nur gegen diese mit den Mitteln des Staates durchgesetzt werden können. Wenn die Arbeiterschaft nicht genug Selbstdisziplin besitzt, um sich aus eigenem Antrieb den Schiedssprüchen zu fügen, so gefährdet sie dadurch diese ganze Einrichtung überhaupt, und es ist doch noch sehr fraglich, ob das in ihrem wohlverstandenen Interesse liegt.

Aus allen diesen Gründen ist es zu begründen, daß durch die Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Vermittlung der Reichsregierung in dem Konflikt ermöglicht worden ist. Man darf hoffen, daß der Reichsarbeitsminister in diesem folgenschweren Streit die ausgleichende Gerechtigkeit zur Geltung bringen wird, ohne die eine befriedigende Regelung nicht zu erwarten ist. Es darf in diesem Kampf weder Sieger noch Besiegte geben; es liegt vielmehr im höchsten nationalen Interesse, daß ein Ausdehler gefunden wird, der von beiden Seiten als gerecht und annehmbar empfunden wird.

### Weitere Meldungen zum Ruhrstreik.

#### Eine halbe Milliarde Goldrubel für eine neue deutsche Revolution.

Die „Morningspost“ meldet aus Riga: Den Rigaer Zeitungen zufolge haben vom 1. Januar bis 1. Mai Goldbeträge von insgesamt 1/2 Milliarde Goldrubel aus Rußland nach Deutschland ihren Weg über die Rigaer Banken genommen. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß diese ungeheuren Beträge der Vorbereitung einer Revolution in Deutschland abgeben haben.

#### Die Haltung der Besatzungsbehörden.

Wie die T. L. berichtet, will die Besatzungsbehörde sich keineswegs in den Streit zwischen Unternehmern und Bergarbeitern einmischen. Sie wird jedoch auf alle Fälle die Ruhe und Sicherheit aufrechterhalten und Ausschreitungen oder unwillkürliche Verletzungen nicht dulden. Die Ricum besteht auf der Durchführung der Reparationslieferungen an Kohle und will gegebenenfalls Beschlagnahmen vornehmen oder aber sogar auch weitere Zechen der Regie einverleiben.

Eine von den Separatisten in Gelsenkirchen einberufene Bergarbeiterbesammlung nahm einen sehr erregten Verlauf. Der Hauptredner, ein bekannter sozialistischer Mitarbeiter, erklärte, daß die Ricum in diesem Kampfe auf Seiten der Arbeiter stünde, eine Behauptung, die von den anwesenden kommunistischen und freigewerkschaftlichen Vertretern entschieden bestritten wurde.

#### Kommunistische Generalstreikbewegung in Mitteldeutschland.

Aus Magdeburg wird unterm 8. Mai gemeldet: Im mitteldeutschen Bergbaurevier ist gestern mittag der Generalstreik proklamiert worden. Auf 14 Stunden des Halle-Giesebener Reviers sind gestern abend die Belegschaften nicht eingetroffen. Die Bewegung hat ausgesprochen kommunistischen Charakter. In Halle und Magdeburg beschlossen gestern die Betriebsräte, Versammlungen der Metallarbeiter den Sympathiestreik für die deutschen Kohlenarbeiter.

#### Der Streik in Oberschlesien.

Wietzky 8. Mai. Aus weiteren 11 Bezirken des Reviers sind gestern abend die Belegschaften ausgeblieben. Morgen wird der Generalstreik allgemein sein. Die Bewegung greift auf polnisch-schlesien über. In Katowitz und Königshütte proklamieren die dortigen Betriebsräte den Anschluß an den deutschen Kohlenarbeiterstreik.

### Der russische Zwischenfall.

Wir sind es selber schon in weitgehendem Maße gewöhnt, daß uns fremde Regierungen schände behandeln, und das staatliche Bewußtsein ist ja gegen das Ende des Krieges bereits, besonders aber nach dem Zusammenbruch von 1918 bei einem großen Teile unseres Volkes dermaßen herkrüppelt worden, daß die Entrüstung, der nationale Zorn, in die wir hätten ausbrechen müssen bei der Behandlung, die unser Vaterland immer und immer wieder hat erleiden müssen, und die bei uns Waffenlosen mit Schwingen einer leeren Selbstschelde nichts zu tun haben, eben nicht Platz greift.

Ein solcher Fall ist jetzt wieder eingetreten in dem Konflikt wegen der russischen Handelsvertretung in Berlin. Eine Haupttätigkeit der Russen im Ausland — darüber darf sich niemand im Zweifel sein — ist die bolschewistische Propaganda, und jede Niederlassung Rußlands, sie mag sonst zu welchem Zwecke da sein, zu welchem sie will, wird alles versuchen, die Idee des Bolschewismus zu verbreiten und die zu schützen und zu unterstützen, die von dieser Weltrevolutionäre schon ergriffen sind. Eben ein solcher Herd staatsverbrederischer Elemente deutscher und russischer Herkunft ist auch die Handelsvertretung in Berlin, mitten im deutschen Reich.

Weil nun ein deutscher Kommunist hier verhaftet und deutsche Polizei eine Hausdurchsuchung abbüßelt, spielt die russische Regierung plötzlich den gekränkten Unschuldigen, schreibt Noten, die an Unhöflichkeit nichts zu wünschen übrig lassen, fordert sogar die Bestrafung derjenigen Beamten, die die Durchsuchung der russischen Handelsvertretung angeordnet und durchgeführt haben und läßt schließlich nicht nur die Berliner, sondern auch andere Handelsvertretungen schleichen, alle diese Maßnahmen damit begründend, daß die Exterritorialität der russischen Handelsvertretung in Berlin durch die deutsche Behörde verletzt worden sei. Dabei ist die Rechtslage so, daß tatsächlich diese Handelsvertretung, die insgesamt 700 Personen, und zwar meist Deutsche, umfaßt, keine Exterritorialität genießt; und daß nach Urteil der besten Staatsrechtslehrer die Exterritorialität eine Grenze findet an der Sicherheit des Staates, in dem sich eine Gesandtschaft beispielsweise befindet, und der Exterritorialität sonst auch verwehrt. Auch der Stapolvertrag enthält keinerlei Bestimmungen über irgendwelche Ansprüche der russischen Handelsvertretungen auf Exterritorialität. Aber was kümmert das die Russen? Sie glauben im Gegenteil einen besonderen Schutz ihrer verbrecherischen Aufenthaltsorte beanspruchen zu dürfen von dem Staatswesen, gegen das sich ihre Wählerereien richten, und sie treten, weil ihnen natürlich solche Ansprüche nicht erfüllt werden können, in der standhaftesten Weise gegen die deutsche Regierung auf.

Nebrigens ist auch in anderen Ländern genügend bekannt, was hier an Frechheit von den Moskowitern geleistet wird. Die italienische Regierung nimmt regen Anteil an den deutsch-russischen Verwicklungen und beklagt sich ebenfalls, daß die staatsverbrederische Propaganda von Moskau aus auf jede Weise in fremde Länder hineingetragen wird.

Ganz besonders charakteristisch ist natürlich bei dieser ganzen Sache die Haltung der deutschen Kommunisten. Deutsche Kommunisten — ist ja schon ein Widerspruch in sich; denn jeder Kommunist ist und fühlt sich als Untertan von Moskaus Gnaden — wußten doch, wie in den letzten Tagen vor der Wahl oft genug bekannt gegeben wurde, die Kandidaten der deutschen kommunistischen Partei ein Revers unterschreiben, daß sie keine politische Mitarbeit im Parlament leisten, sondern nur stören wollen und daß sie sogar von ihrem Mandat zurücktreten, wenn Rußland es gebietet. Die deutschen Kommunisten haben Ehrlosigkeit genug besessen, den russischen Machthabern zu erklären, daß sie entrüstet seien über das Vorgehen der deutschen Regierung und zu ihren russischen Freunden in innigster Uebereinstimmung ständen. Nur deutsche Kommunisten sind einer solchen Demut- und Handlungsweise fähig.

Wiel Lärm haben die Herrschaften aus dem Osten gemacht und schlimme Drohungen ausgesprochen. Der russische Botschafter Krestinski soll ja schon Berlin verlassen haben, um sich in einem Flugzeug nach Moskau zu begeben, und wie das ganze Manöver ausgehen wird, ist noch gar nicht abzusehen. Soviel aber wird wohl schon jetzt gesagt werden dürfen, daß die deutsche Regierung die Lage, die augenblicklich noch rechtlich verworren ist, wird klären müssen und feststellen, was geschehen ist und wie die rechtlichen Verhältnisse liegen. Im übrigen aber wird sie hoffentlich fest bleiben, denn Rußland ist, mag es sich auch noch so forciert betragen, wirtschaftlich und auch politisch mindestens ebensofort auf uns angewiesen wie wir auf Rußland. So schließt